

GESCHÄFTSBERICHT 2006

1. Politischer Lagebericht

Mit der vom Europäischen Rat verordneten Denkpause geht die Europapolitik in das neue Jahr, in dessen Verlauf sich immer stärker die Hoffnung abzeichnet, dass unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 ein Weg gefunden wird, auf dem die Europäische Verfassung oder wesentliche Teile von ihr gerettet werden können und bis zur Europa-Wahl 2009 in Kraft treten werden.

Die österreichische Ratspräsidentschaft stellt Wachstum und Beschäftigung in den Mittelpunkt ihres Arbeitsprogramms. Mit „Flexicurity“ sollen Flexibilität und Beschäftigungssicherheit in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.

Das unerwartete Abdrehen der Energiezufuhr für die Ukraine lässt das Fehlen einer europäischen Energiepolitik deutlich werden. Stichworte wie Entbürokratisierung und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern beherrschen die Diskussion, die Kommission fordert die Senkung der Roaming-Gebühren, die der Bundeskongress der Europa-Union Deutschland schon im Oktober 2004 verlangt hatte. Die Dienstleistungsrichtlinie tritt endlich bei „Wahrung des europäischen Sozialmodells“ mit vielen Ausnahmen bei Finanz-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen in Kraft. Auch der Bereich der Telekommunikation bleibt ausgeschlossen. Die Bundesregierung lehnt eine Öffnung des Arbeitsmarktes gegenüber den neuen Mitgliedstaaten ab und will die Übergangsfrist bis 2011 voll ausschöpfen, was den deutsch-polnischen Beziehungen nicht förderlich ist. Die Erweiterung ist insbesondere für Deutschland und seine Exportindustrie von Vorteil.

Wissenschaft und Forschung, Umwelt- und Klimapolitik rücken immer mehr in den Fokus der Politiker. Luftverschmutzung, Viren und Bakterien kennen keine Grenzen. Seuchen, wie die sog. Vogelgrippe und die Blauzungenkrankheit werden eingeschleppt.

Unerfreulich sind die ergebnislosen Verhandlungen des Hohen Repräsentanten Solana gemeinsam mit den Außenministern Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs mit dem Iran zwecks Einstellung der Urananreicherung. In der Demokratischen Republik Kongo macht die EU mit der Führung der Eufor-Truppe zur Absicherung der dortigen Präsidentschaftswahlen einen bemerkenswerten und erfolgreichen Schritt in die Weltpolitik.

Freizügigkeit im Innern erfordert sichere Außengrenzen, welche die Europäische Grenzschutzagentur Frontex mit unzureichenden Kapazitäten gewährleisten soll. Europas Wohlstand wirkt anziehend auf Menschen in Afrika und Asien und diese wagen den Weg in die EU auf lebensgefährlichen Wegen. Grenzsicherung ist das eine, eine neue Nachbarschaftspolitik für die EU-Anrainerstaaten ist das andere und bessere, wozu auch eine kohärente Afrikapolitik gehört. Weitere Fortschritte verlangt eine europäische Migration- und Asylpolitik.

Die Türkei erkennt nach wie vor Zypern nicht an. Wichtige Verhandlungskapitel werden am Jahresende nicht geöffnet und die Beitrittsverhandlungen dadurch verlangsamt. Interessant ist, dass das Europäische Parlament mit einem „multilateralen Verbund“ eine neue Form der Zusammenarbeit ins Gespräch bringt.

Am Jahresende meinen nach einer Eurobarometer-Umfrage 66 v. H. der Deutschen, dass eine „erfolgreiche, nachhaltige und geopolitisch kluge Energiepolitik“ nur durch Zusammenarbeit in der EU funktionieren kann. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik wird sogar von 84 v. H. gewünscht. Wenig erstaunlich scheint, dass in Frankreich 56 v. H. und den Niederlanden sogar 59 v. H. eine positive Einstellung zur Europäischen Verfassung äußern. Der Erwartungsdruck auf die deutsche Ratspräsidentschaft wird stärker.

2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes

Die Enttäuschung über das Nein Frankreichs und der Niederlande zum Europäischen Verfassungsvertrag führt nicht zur Resignation beim Landesverband und seinen Kreisverbänden. Im Gegenteil verlangt der XXXV. Landeskongress im Oktober, dass die vom Europäischen Rat verordnete Denkpause ein baldiges Ende findet und spätestens bis zu den Europa-Wahlen 2009 feststehen sollte, wie der europäische Einigungsprozess fortgesetzt werden kann. Dem Landeskongress erscheint zwingend erforderlich, „die Bündelung bisheriger europäischer Verträge, die Verbesserung der Strukturen und Organe, der Entscheidungsfindung, um die Europäische Union handlungsfähiger, ihre Politik demokratischer zu machen. Der Verfassungsvertrag, der insbesondere auch die Rechte des Europäischen Parlamentes stärkt, trägt diesen Anforderungen Rechnung, bedeutet eine wesentliche Steigerung der Effizienz des jetzt geltenden Vertrags von Nizza.“ Verlangt wird, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger über die im Verfassungsvertrag vorgesehene Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, für die die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gelten sollen und über die Stärkung der nationalen Parlamente aufzuklären sind. Wie das nach der Denkpause entstehende Werk benannt wird, erscheint zweitrangig, wenn die wesentlichen Elemente des Verfassungsvertrages erhalten und in Kraft gesetzt werden.

Der Landeskongress setzt sich für eine Informationskampagne ein, „die in einen kontinuierlichen Informationsfluss übergehen muss, der den Bürgerinnen und Bürgern ... die historische Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses näher bringt“ und dessen Vorteile erläutert. Weiter heißt es in der einstimmig angenommenen Entschliebung: „In diesem Zusammenhang gewinnt die Bildungs- und Kulturpolitik im europäischen Raum zunehmend an Bedeutung, insbesondere für junge Menschen, die auf ein Leben in der Europäischen Union vorzubereiten sind. Schulen und Medien fällt die Aufgabe zu, Wissen über den historischen und gegenwärtigen europäischen Einigungsprozess sowie über die kulturelle Vielfalt in Europa zu vermitteln. Der alljährlich stattfindende Europäische Wettbewerb für Schulen ist auch künftig bedeutsam und zu fördern. In der auch vom 52. Bundeskongress angenommenen Entschliebung wird die vom Landesverband gestartete Aktion „Europa in die Schule“ als vorbildhaft hervorgehoben.

„Die Politik der Europäischen Union muss den Bürgerinnen und Bürgern Sorgen und Ängste um die Zukunft nehmen.“ Dazu gehören eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Arbeitsplätze schafft und sichert, sowie Altersvorsorge einschließt. „Der Stabilitätspakt ist einzuhalten,“ wird lapidar festgestellt.

Bei der Forderung nach Entbürokratisierung wird nicht übersehen, dass Überregulierung oftmals von Mitgliedstaaten veranlasst worden ist.

Die Erweiterung der EU um zehn mittelosteuropäische Staaten ist für den Landeskongress eine historische Notwendigkeit, die Nutzen für alle bringt. Die Erweiterungsmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger verlange in Zukunft, „die Aufnahmefähigkeit der Europäische Union als auch die der Bewerber gründlich zu prüfen und auf der Einhaltung der Kopenhagener Kriterien strikt zu bestehen“.

Der Landeskongress betont, „für die Gestaltung der Zukunft Europas ist die Europäische Union unverzichtbar.“ Von der deutschen Ratspräsidentschaft werden „entscheidende Initiativen und Erfolge für die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses“ erwartet.

Mit dieser einstimmig angenommenen EntschlieÙung hat der Landeskongress die politischen Leitlinien für die zukünftige Arbeit des Landesverbandes und seiner Kreisverbände formuliert und vorgegeben.

Der Landesvorstand sprach sich für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen als dritter Bankensäule in Deutschland aus. Der zu dieser Frage vom Vorstand vorgelegte Antrag wurde vom Landeskongress ebenfalls einstimmig angenommen. Darin heißt es u. a.: „Das Bestreben der EU-Kommission, den Namen „Sparkasse“ dem freien Wettbewerb zu überlassen, geht ohne zwingende Begründung aus wettbewerblicher Sicht über gewachsene Strukturen und das Vertrauen breiter Bevölkerungskreise in Bestand und Namen der Sparkassen in Deutschland hinweg.“

Schließlich spricht sich der Landeskongress einstimmig für einheitliche Porti in Europa aus und fordert die Deutsche Post AG auf, für den Versand von Standard- und Kompaktbriefen sowie von Postkarten wieder einheitliche Porti auf Basis der Inlandsporti einzuführen.



3. Bildungsarbeit

Die Führung des Landesverbandes nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass der Landeskongress sich deutlich für eine europabezogene Bildung einsetzt und damit

die nachstehend skizzierte Arbeit ausdrücklich anerkennt. Sind die Informationsveranstaltungen der Kreisverbände Bildungsarbeit für Erwachsene, so hat der Landesverband im bildungspolitischen Bereich zwei Schwerpunkte: den Europäischen Wettbewerb und neu entwickelt die Aktion „Europa in die Schule“.

3.1 Europäischer Wettbewerb

Unter dem Motto „Vielfalt entdecken und Partnerschaft leben“ beteiligen sich am 54. Europäischen Wettbewerb in Rheinland-Pfalz 14.164 Schülerinnen und Schüler und in unseren polnischen Partnerschulen 3.553 Jugendliche, zusammen also 17.717 junge Menschen. Gegenüber dem Vorjahr nimmt die Beteiligung um 4,3 v. H. zu. Mit diesem Ergebnis erreicht Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern nach Baden-Württemberg den zweiten Platz.

Der Landesverband organisiert und betreut die Landesjury, die in zweieinhalbtägiger Arbeit aus rund 3.500 Arbeiten 563 Landespreise ermittelt, darunter 153 erste Landespreisträger aus Rheinland-Pfalz. Diese erhalten ihre Preise während der landeszentralen Veranstaltung in Bacharach, die mit einer Schiffsonderfahrt durch das Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal zur Loreley ihren vielbeachteten Abschluss findet.

213 Schulen beteiligen sich am Wettbewerb, darunter 68 polnische Schulen, die in den Wojewodschaften Dolnoslaskie, Opolskie und Maloposkie liegen. Die auf sie entfallenen Preise überreicht das Geschäftsführende Landesvorstandsmitglied in öffentlichen Veranstaltungen, die in lokalen und zum Teil in regionalen Medien bemerkenswerte Beachtung finden.

Hervorzuheben ist die meist sorgfältige Auswahl preisverdächtigster Arbeiten in den Schulen und den Kreisjurs, denen auch an dieser Stelle für ihre verantwortungsvolle Arbeit gedankt wird.

3.2 „Europa in die Schule“

Zur Europawoche in der ersten Maihälfte macht der Landesverband allen Allgemein- und Berufsbildenden Schulen ab Sekundarstufe I mit Empfehlung des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend das Angebot, sachkundige Referenten kostenlos zu europapolitischen Themen zu vermitteln. Die Schulen bestimmen die für sie in Frage kommenden Themen aus einer vom Landesverband übermittelten Liste. Von 673 angeschriebenen Schulen haben 72 das Angebot angenommen, was eine unerwartet große Resonanz bedeutet. Weil ein Teil der Schulen zwei oder mehrere je zwei schulstündige Veranstaltungen durchführt, finden insgesamt 101 Erörterungsrunden mit insgesamt rd. 4.500 Schülerinnen und Schüler statt. Diskussionschwerpunkte sind Fragen nach der Bedeutung der EU für den Einzelnen, nach ihren Grenzen, nach der Osterweiterung und nach Chancen oder Bedrohung. Berichte von Zeitzeugen über den Beginn der europäischen Einigung sind besonderes gefragt. Bemerkenswert ist die rege Beteiligung von Haupt- und Realschulen.

Um die Aktion durchführen zu können, werden die dem Landesverband angehörenden Abgeordneten des Landtags, Bundestags und des Europäischen Parlaments ebenso wie weitere sachkundige Mitglieder angefragt, ob sie bei Honorarverzicht bereit sind, in der Aktion mitzuwirken. Erfreulich war die breite Zustimmung auch vieler Mitglieder ohne Funktion im Kreis- oder Landesverband. Allen Referenten gebührt für den Einsatz herzlicher Dank. Die Schulen loben vielfach die themenbezogene und damit unterrichtsrelevante Arbeit der Referenten, die als schulfremde Personen in der Regel bei den Schülern auch größerer Aufmerksamkeit sicher sein können.

4. Verbandsarbeit

4.1 Landesebene

Der Landesverband unterhält in der Landeshauptstadt in zentraler Lage eine kleine Landesgeschäftsstelle und im Internet eine eigene aktuelle Website.

4.1.1 Organisationsstruktur

Nach wie vor hat der Landesverband 24 Kreisverbände, die mit den unterschiedlichsten Aktionsformen, von der Straßenaktion bis zum klassischen Vortrag, an die Öffentlichkeit treten.

4.1.2 Landeskongress

Dem XXXV. Landeskongress ist eine eintägige Informationstagung „Die Europäische Union – unsere Zukunft!“ vorgeschaltet, in der Dr. Udo Diedrichs (Bonn) darlegt, dass die Europäische Union im vitalen Interesse Deutschlands ist und Heinz-Wilhelm Schaumann betont, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist und bleiben muss. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Peter Altmaier MdB sieht für die deutsche Ratspräsidentschaft als eine wichtige Aufgabe die Auflösung des Führungsdefizits innerhalb der EU und stellt die voraussichtlichen Prioritäten vor. Prof. Dr. Schmidt betont, dass die Frage nach den Grenzen Europas nur politisch und pragmatisch beantwortet werden kann, wobei der neuen Nachbarschaftspolitik eine wesentliche Rolle zukommt.

Die landesweite Informationstagung mit rund 150 Teilnehmern findet ein unerwartet großes Echo. Hervorzuheben bleibt die dreimalige Berichterstattung im SWR über den Landeskongress; Regionalmedien berichten lokal über das sie berührende Wahlergebnis.

Der Landeskongress verabschiedet die unter Ziffer 2 skizzierten Entschlüsse und den nicht wieder für dieses Amt kandidierenden Vorsitzenden Ernst-Ludwig Göpfert.

Für das Amt des Landesvorsitzenden bewerben sich Heinz-Wilhelm Schaumann M.A. (Dernau) und Prof. Dr. Siegmund Schmidt (Landau). Professor Schmidt wird mit 48 Stimmen zum Landesvorsitzenden gewählt, Heinz-Wilhelm Schaumann erhält 28 Stimmen.

Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden werden ebenfalls schriftlich gewählt und in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl genannt:

Dipl.-Ing. Jeannette Wopperer MdL (Worms), Staatssekretär a. D. Klaus Rüter (Kirchheimbolanden) und Dr. h.c. Friedhelm Pieper (Koblenz).

Wiedergewählt werden Manfred H. Däuwel (Bad Marienberg) als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Holger Scharff (Ludwigshafen) als Landesschatzmeister.

Die weiteren Vorstandsmitglieder sind Jörg Saalbach (Landau), Norbert Herhammer (Otterberg), Josef Schork (Worms), Heinz-Günter Best (Petersberg), Andrée Schmitt-Tudesque (Wörrstadt), Dr. Hermann Franz (Mainz), Günter Densborn (Schweich), Damian Hötger (Idar-Oberstein).

Der Landeskongress wählt auch die Delegierten für Kongresse der Europa-Union Deutschland und der Union Europäischer Föderalisten.

4.1.3 Landesvorstand

Der Landesvorstand tritt zu sechs eintägigen Sitzungen zusammen, in denen Europa und verbandspolitische Fragen erörtert und Stellungnahmen erarbeitet werden. Eine Sitzung fand gemeinsam mit dem Landesvorstand Hessen in Lampertheim statt.

4.1.4 Landesgeschäftsstelle

Die Landesgeschäftsstelle ist weiterhin mit Gabriele Eisenmenger als Halbtagskraft besetzt. Die Buchhaltung wird von Judith Lemle nebenamtlich erledigt. Die elektronische Kommunikation ermöglicht eine schnelle Verbindung mit Vorstandsmitgliedern und Kreisverbänden.

4.1.5 Mitarbeitertagungen

Auf dem Landeskongress werden bei der Behandlung der Regularien Themen angesprochen, welche die Kreisverbände unmittelbar berühren, so u. a. die wichtige Mitgliederwerbung und die Finanzen. Darüber hinaus kommuniziert der Landesverband mit acht mehrseitigen Rundschreiben mit den Kreisverbänden. Hinzu kommt der individuelle Schriftverkehr.

4.1.6 Landesspezifische Aktivitäten/Kreisverbände

Die unter Ziffer 3 dargestellte Bildungsarbeit ist ein Spezifikum für den Landesverband. Während die Aktion „Europa in die Schule“ unmittelbar vom Landesverband durchgeführt wird, unterstützen die Kreisverbände Ahrweiler, Alzey-Worms, Bad Bergzabern/Südl. Weinstraße, Birkenfeld, Bitburg-Prüm, Germersheim, Kaiserslautern, Landau/Südl. Weinstraße, Mayen-Koblenz, Neuwied, Pirmasens, Rhein-Lahn-Kreis, Trier, Westerwald, Worms und Zweibrücken den Europäischen Wettbewerb durch Ansprache der Schulen vor Ort, mit Auslobung von Kreispreisen und die dafür notwendige Organisation. Die Kreisverbände Alzey-Worms, Kaiserslautern und Worms präsentieren die Siegerarbeiten in öffentlichen Ausstellungen.

Der vom Landesverband herausgegebene und auf den jeweiligen Kreisverband bezogene Flyer „Wer wir sind – was wir wollen“ erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Der Flyer erscheint im Berichtsjahr in fünf aktualisierten Auflagen mit zusammen 4.700 Stück, die insgesamt 29 Änderungen im Personalteil erfordern. Der Flyer wird den Kreisverbänden kostenlos für die Werbung zur Verfügung gestellt.

Die von den Europaministern beschlossene Europawoche Anfang Mai wird vom Landesverband und seinen Kreisverbänden aktiv mit zahlreichen Maßnahmen unterstützt. Dazu zählt auf Landesebene die Aktion „Europa in die Schule“.

4.1.7 Zusammenarbeit mit Landesparlament/Landesregierung/Europaminister

Vielfältig ist die unbürokratische und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Landesorganen. An erster Stelle ist die institutionelle Förderung des Landesverbandes durch das Land, vertreten durch die Staatskanzlei, dankbar zu nennen. Der Europäische Wettbewerb wird gemeinsam vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend und dem Landesverband getragen und finanziert. Wie bereits erwähnt, empfiehlt das Bildungsministerium den Schulen die Aktion „Europa in die Schule“. Die Landesvertretung beim Bund und der EU fördert nicht nur diese Aktion sondern im Rahmen der Europawoche auch Maßnahmen der Kreisverbände. Schließlich wird als fördernder Partner auch die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz genannt. Das Zusammenwirken mit den Genannten ermöglicht eine Vielzahl von Veranstaltungen, die zum europapolitischen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern führen.

Nach der Landtagswahl im März gratuliert der Landesverband allen Abgeordneten und bittet um Mitgliedschaft. Am Jahresende gehören 15 SPD-, 13 CDU- und fünf FDP-Abgeordnete der Europa-Union als Mitglieder an. Darunter sind Ministerpräsident Dr. h.c. Kurt Beck, Landtagspräsident Joachim Mertes und die Fraktionsvorsitzenden Christian Baldauf und Herbert Mertin.

Der Parlamentarische Beirat beim Landesverband wird vom Landtagspräsidenten neu berufen. Ihm gehören sechs Abgeordnete an, die die drei Fraktionen nach ihrer Stärke vertreten.

Im Bundestag ist der Landesverband mit 13 Abgeordneten vertreten, je fünf CDU- und SPD-Abgeordnete und drei FDP-Abgeordnete. Die vier rheinland-pfälzischen Europa-Abgeordneten gehören ebenfalls dem Landesverband als Mitglieder an.

4.1.8 Öffentlichkeitsarbeit

In der Öffentlichkeitsarbeit spielt die in der Berichtszeit mehrfach aktualisierte Website des Landesverbandes eine immer größere Rolle. Hinzu kommen 15 Pressemitteilungen, die in lokalen und regionalen Medien berücksichtigt werden. Die landeszentralen Veranstaltungen greift der SWR 3 mehrfach in seiner Berichterstattung auf.

4.2 Bundesebene

Am 52. Kongress der Europa-Union Deutschland in Bremen, verbunden mit der Feier zum 60. Jahrestag der Gründung des Verbandes in Syke, nehmen 13 Delegierte teil. Im Präsidium arbeiten Landesvorsitzender Ernst-Ludwig Göpfert und der stellvertretende Landesvorsitzende Heinz-Wilhelm Schaumann mit. Im Bundesausschusses ist der Landesverband regelmäßig durch mehrere Landesvorstandsmitglieder als Delegierte vertreten.

4.3 Transnationale Ebene

Die transnationale Ebene der UEF wird in die Beratungen des Landesvorstandes regelmäßig einbezogen. Auch am UEF-Kongress Ende Juni in Wien nehmen Delegierte teil.

5. Jugendarbeit

Die Jungen Europäische Föderalisten Rheinland-Pfalz bilden die Jugendorganisation des Landesverbandes und sind demgemäß auch Mitglieder der Europa-Union. Wenn auch durch satzungsgemäße personelle Vernetzung beider Verbände ein kontinuierlicher Informationsfluss gewährleistet ist, so ist aus Sicht des Landesverbandes ein aktiverer Jugendverband wünschenswert.

6. Landesbeirat

45 Mitgliedsorganisationen und –einrichtungen bilden den Landesbeirat, die rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland. Der Landesbeirat ist eine lose Gruppierung, die zu den überregionalen Veranstaltungen und darüber hinaus bei Bedarf eingeladen wird.

7. Schlussbemerkung

Unverzichtbare Basis des Landesverbandes sind die zahlenden Mitglieder, die die Struktur und Arbeit des Landesverbandes ermöglichen und tragen. Ihnen gebührt dafür Dank und Anerkennung, zumal viele Mitglieder seit mehr als vier Jahrzehnten der Europa-Union die Treue halten. Weil das demografische Problem auch den Landes-

verband erfasst hat, werden alle Mitglieder herzlich um Mithilfe bei der Werbung neuer Mitglieder gebeten. Nur dadurch kann die Arbeit künftig gesichert werden. Abschließend sei allen gedankt, die die Arbeit der Europa-Union auf Kreis- und Landesebene durch persönliche Mitarbeit, finanziell und durch organisatorische Zusammenarbeit unterstützt oder mit guter Berichterstattung bekannt gemacht haben.